



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 30. November 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Ein zehnjähriges Kind ist auf der Flucht von der Türkei Richtung Griechenland in der Ägäis ertrunken. Etwa 50 weitere Menschen starben vor der Küste Libyens. Seit Mittwoch vergangener Woche waren 1.100 Menschen gerettet worden. Die libysche Küstenwache legte sich mit der deutschen Marine an, als eine ihrer Fregatten mit einer Rettung zu Gange war – das sei aber nur ein Missverständnis gewesen, so der Chef der Küstenwache.  
<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.griechenland-kind-vor-lesbos-umgekommen.393f9950-a67e-4b55-a694-e1ed2f6afec7.html> (25.11.17)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-mehr-als-50-tote-fluechtlinge-bei-ungluecken-im-mittelmeer-a-1180316.html> (25.11.17)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/seenotrettung-libysche-kuestenwache-soll-deutsche-fregatte-bedroht-haben-1.3765900> (26.11.17)
- Das von *CNN* veröffentlichte Video über den Sklav\*innenverkauf in Libyen sorgt für politischen Druck. Obwohl die in Libyen stattfindende Sklaverei den politisch Verantwortlichen in der EU und ihren Mitgliedsstaaten seit Langem bekannt ist, sieht die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erst durch die Veröffentlichung ein „Möglichkeitsfenster“ - auf dem EU-Afrika-Gipfel kommende Woche in der Elfenbeinküste könne darüber gesprochen werden. Die Zusammenarbeit von Afrikanischer und Europäischer Union solle verstärkt werden. Schnell handelt dagegen die ruandische Regierung. Sie kündigte an, 30.000 Fliehende aus Libyen aufzunehmen. Die international anerkannte, libysche Regierung will eine Untersuchungskommission einrichten. Für den Fall, dass die libysche Justiz nicht in der Lage sei, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestufte Sklaverei zu verfolgen, will der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian ein internationales Sanktionsverfahren einleiten. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Raad al-Husseini, gab der EU in der vergangenen Woche bereits eine Mitschuld an der Situation der Fliehenden in Libyen. Italien sieht die EU als solche gefordert und setzt sich für eine Stabilisierung Libyens ein. Das wird so verstanden, dass „Flüchtlingsströme gelenkt“ und „illegale Einwanderung blockiert“ werden sollen.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/fluechtlinge-libyen-cnn-sklavenhandel-eu-federica-mogherini-afrikanische-union-un-sicherheitsrat> (23.11.17)  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlinge-im-mittelmeer-libyens-verwaltete-instabilitaet-/20638054.html> (27.11.17)  
EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker zeigt sich im Interview mit der *Deutschen Welle*

überrascht und meint, er könne nicht mehr ruhig schlafen: <http://www.dw.com/de/juncker-legale-wege-nach-europa-%C3%B6ffnen/a-41555624> (27.11.17)

Kurz bevor der EU-Afrika-Gipfel beginnt sollte der Gipfel der Zivilgesellschaft stattfinden. Dieser wurde nach zwei Tagen aufgelöst. Eine Begründung außer der Klassiker „Sicherheit“ erfolgte nicht: <http://taz.de/EU-Afrika-Gipfel-in-Abidjan/!5463535/> (29.11.17)

- Mehr als 620.000 Menschen der Rohingya sind inzwischen von Myanmar nach Bangladesch geflohen. Die beiden Staaten beschlossen nun, dass sie nach Myanmar zurückkehren können. Es ist offen, ob die Menschen dazu überhaupt gewillt sind.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/myanmar-bangladesch-rohingya-fluechtlinge-einigung-rueckfuehrung> (23.11.17)
- Die UN-Agentur zur Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA) berichtet, dass sich in diesem Jahr bis einschließlich 19. November knapp 350.000 Menschen auf die Flucht begeben haben. Nach Kundus im Norden des Landes flohen allein in der vorvergangenen Woche 16.000 Menschen. Dabei werde auch diese Provinz von Kampfhandlungen heimgesucht.  
<http://www.dw.com/de/das-chaos-in-afghanistan-w%C3%A4chst/a-41461006?maca=de-rss-de-region-asien-4023-rdf> (21.11.17)
- Weil sie Übergriffe der dort lebenden Bevölkerung befürchteten, weigerten sich etwa 400 Fliehende auf der Insel Manu in Papua-Neuguinea, das für sie bisher vorgesehene Lager zu verlassen. Nun soll es gewaltsam durch die Polizei geräumt worden sein. Die australische Regierung bezahlt Papua-Neuguinea, Fliehende abzufangen und in Auffanglagern einzusperren. Der Oberste Gerichtshof Papua-Neuguineas erklärte die Lager für verfassungswidrig. Die australische Regierung finanzierte den Bau von drei neuen Lagern in Lorengau, Hauptstadt der Insel Manu. Zwei davon sind laut UNHCR nicht bezugsfertig. Amnesty International hatte Australien aufgerufen, die Menschen aufzunehmen. In mehreren australischen Städten fanden sich Menschen, um gegen diese Abschottungspolitik zu demonstrieren.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/papua-neuguinea-australien-fluechtlingscamp-raeumung-polizei> (23.11.17)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/manus-polizei-zwingt-alle-fluechtlinge-zum-verlassen-des-camps-a-1180059.html> (24.11.17)
- Die Vereinigten Staaten haben den Schutzstatus von etwa 59.000 Menschen haitischer Staatsbürgerschaft widerrufen, die nach dem Erdbeben 2010 geflohen sind. Ab Januar 2018 haben die Menschen 18 Monate Zeit, nach Haiti zurückzukehren. Angeblich habe sich die Lage dort verbessert, was Kritiker\*innen des Widerrufs bestreiten.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-beenden-schutzstatus-fuer-fluechtlinge-aus-haiti-a-1179464.html> (21.11.17)
- Die EU hat eine „Rückkehrer\*innenquote“ errechnet. Dabei wird die Zahl der Abschiebungen und „freiwilligen Ausreisen“ ins Verhältnis zu den rechtskräftigen Ablehnungsbescheiden über Asylanträge gesetzt. Deutschland weist demnach für das Jahr 2016 eine Quote 106 % auf und liegt damit im EU-Vergleich vorn. Eine Kleine Anfrage der Linken ergab zudem, dass von Januar bis September 2017 39.000 Menschen abgeschoben wurden oder Deutschland verließen während 35.000 Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge rechtskräftig wurden. Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestags für Die Linke weist darauf hin, dass von Defiziten bei Abschiebungen keine Rede sein könne.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/abschiebungen-fluechtlinge-asyl-deutschland> (25.11.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Die CDU- und CSU-geführten Innenministerien planen, Menschen wieder nach Syrien abschieben zu wollen. Der Vorschlag kam von Markus Ulbig, Innenminister in Sachsen.

Kommende Woche tagt die Innenministerkonferenz in Leipzig. Eine Bedingung, die dafür erfüllt sein müsste: ein neuer Sicherheitsbericht zu Syrien, veröffentlicht durch das Bundesinnenministerium. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2012. Den zu schreiben könnte aber schwierig werden: die deutsche Botschaft in Damaskus ist geschlossen. Offiziell berichten nur die Botschaften in Ankara und Beirut über die sicherheitsrelevanten Ereignisse in Syrien an die Bundesregierung.

<http://www.dw.com/de/syrien-ende-des-abschiebestopps/a-41581783> (29.11.17)

- Die Innenminister Sachsens, Sachsen-Anhalts, Thüringen und Brandenburgs trafen sich bereits letzte Woche und beschlossen, unter anderem bei der Abschiebehaft miteinander zu kooperieren. In der geplanten Abschiebehaftanstalt in Dresden könnten sich demnach auch Geflüchtete aus anderen Bundesländern wiederfinden.  
<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Ost-Laender-wollen-bei-Abschiebung-kooperieren> (21.11.17)
- Der Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration sah sich offenbar gezwungen, nachzuweisen, dass der Familiennachzug eine Voraussetzung für Integration ist.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-forscher-fuer-familiennachzug-1.3763064> (23.11.17)
- Die sächsische Landesregierung hat den jährlichen Sachsen-Monitor veröffentlicht. Obwohl 77 % ihre wirtschaftliche Situation als gut bewerten und sich allgemein eine weit verbreitete Zufriedenheit in den Ergebnissen widerspiegelt, sind 56 % der Meinung, die Bundesrepublik sei „in gefährlichem Maße überfremdet“. 41 % wollen, dass eine einzige Partei die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.  
<https://www.mdr.de/sachsen/sachsen-monitor-102.html> (28.11.17)  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/studie-der-landesregierung-die-sachsen-plagen-ueberfremdungsangste/20639056.html> (28.11.17)
- Amtsärzt\*innen, gegen die ein Anfangsverdacht besteht, bei der Begutachtung von abzuschubenden Menschen gegen die Berufsordnung verstoßen zu haben, können nicht von der hessischen Landesärztekammer überprüft werden. Die dortigen Behörden verhindern das. In einem Fall standen fachärztliches und amtsärztliches Gutachten über die Reisefähigkeit eines Menschen miteinander im Konflikt. Die Berufsgerichtsbarkeit der Kammer erhielt keinerlei Unterstützung der Behörden, den Sachverhalt aufzuklären. Laut Landesärztekammer muss es für die Amtsärzt\*innen zunehmend schwieriger werden, den Ansprüchen ihres Berufs – Gewissensentscheidung, ärztliche Ethik, Menschlichkeit – gerecht zu werden wo doch eine verschärfte Abschiebepolitik Mediziner\*innen immer mehr instrumentalisiert.  
<http://www.fr.de/rhein-main/abschiebung-aerzte-fuehlen-sich-gegaengelt-a-1396926> (29.11.17)

## Hintergrund und Meinung

- Ewige Angst vor der Abschiebung, selbst eine Aufenthaltserlaubnis gibt nur kurzzeitige Sicherheit, Ablehnung und Diskriminierung bis zu dem Maße, dass Vanessa Vu ihren Namen ändert. Die Beschreibung ihrer Kindheit in der *Zeit* sollte in jedem Fall gelesen werden!  
<http://www.zeit.de/zeit-magazin/2017-10/asylbewerber-deutschland-abschiebung-freiheit-vietnam> (27.11.17)
- Als „unwürdiges Geschacher auf dem Rücken von Geflüchteten“ bezeichnet der Geschäftsführende von PRO ASYL, Günter Burkhardt die Debatte um den Familiennachzug in einem Gastbeitrag für die *taz*. Dass die FDP den Nachzug zu subsidiär Geschützten für zwei weitere Jahre aussetzen wollte, sei verfassungswidrig. Ein entsprechendes Urteil sprach das Bundesverfassungsgericht bereits im Jahr 1987. Den Nachzug nur zu denjenigen

zu erlauben, die den Lebensunterhalt ihrer Familie finanzieren können sei eine Ökonomisierung des humanitären Flüchtlingsrechts.  
<https://taz.de/!5461272/> (21.11.17)

- Das *ARD*-Magazin *Panorama* hat zu Passhändler\*innen recherchiert. Spezielle Firmen arbeiten mit Staaten zusammen, die die jeweilige Staatsbürgerschaft verkaufen - „Citizenship by Investment“. Die zypriotische Staatsbürgerschaft ist für zwei Millionen Euro zu haben, die portugiesische kostet 500.000. Superreiche können sich nun mehrere Staatsbürgerschaften wie eine Ware zulegen. Armand Arton ist Chef des „Global Citizen Forums“, eine der Firmen, die den Passverkauf organisiert. Er besitzt sechs verschiedene Pässe. Nach seiner Schätzung fließen durch diesen Handel jedes Jahr sieben Milliarden Euro nach Europa. Die meisten „Investor\*innen“ würden ihr Geld anschließend vor allem in Luxusimmobilien anlegen. Kritik kommt auch auf, weil in Einzelfällen Menschen Pässe erwarben, die sich durch Korruption und Geldwäsche strafbar gemacht hatten.  
[http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/passhandel128\\_page-1.html](http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/passhandel128_page-1.html) (23.11.17)
- Eine Fotogalerie in der *Zeit* zu Kindern in Syrien.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-11/syrien-schulkinder-buergerkrieg-unterricht-ost-ghouta-fs> (25.11.17)
- Eine positiv ausfallende Rezension der *taz* über die Kinderserie „Dschermeni“ des Kika zum Thema Flucht und Integration.  
<http://www.taz.de/Kika-Serie-ueber-Flucht-und-Integration/!5462669/> (27.11.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [pr@sfrev.de](mailto:pr@sfrev.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rld.de](mailto:pr@rld.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**